

## Bankenretter kommen ins Rutschen

**Staaten retten Banken vor dem Niedergang – und kommen selbst ins Rutschen: Spanien etwa hat sein Spitzenrating verloren. Noch schlimmer steht es um Irland, das nur noch mit dem drittbesten Rating bewertet wird, Tendenz sinkend. Die Ratings weiterer EU-Länder sind in Gefahr. Hinzu kommt, dass die EU inzwischen davon ausgeht, dass die Krise im schlimmsten Fall die Haushalte der Euro-Staaten insgesamt bis zu 1,8 Billionen Euro kosten kann.**



Auf Sand gebaut - das haben im Moment so einige Länder. Quelle: Timo Müller

dih/ang/cü/zel/ghö/ben/mm FRANKFURT. Die Bankenkrise könnte die Steuerzahler in der Europäischen Union demnach bis zu 16,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) kosten. Das geht aus einer am Dienstag veröffentlichten Studie der EU-Kommission hervor. Doch ließen sich die Kosten auf rund 2,7 Prozent des BIP eindämmen, wenn die Bankenkrise durch entschiedenes Handeln der Regierungen zügig behoben werden könnte. Dazu gehörten ein klarer rechtlicher Rahmen für die Krisenprogramme, eine faire Behandlung der Marktteilnehmer und klare Vorgaben für einen Abzug der staatlichen Hilfe.

Die 16 Länder der Euro-Zone haben inzwischen 36,5 Prozent des BIP für die Banken-Rettungsschirme reserviert. Davon seien bisher erst 11,1 Prozent des BIP abgerufen, ging aus dem Bericht weiter hervor. Für die EU belaufen sich die Mittel zur Unterstützung der Banken auf 43,6 Prozent des BIP, wobei 12,8 Prozent schon beansprucht wurden.

Die Realwirtschaft haben die 17 Euro-Länder außerdem mit Konjunkturimpulsen von fünf Prozent des BIP oder 600 Mrd. Euro angekurbelt, steigende Sozialausgaben sind dabei eingerechnet. Die größten Impulse in Prozent der Wirtschaftsleistung gaben Spanien, Österreich und Finnland. Kehrseite der Medaille sind die stark steigenden Staatsschulden. Von 60 Prozent des BIP 2007 werden sie nach Prognose der Kommission bis 2010 auf fast 80 Prozent steigen.

Wie ein Damoklesschwert bedrohen auch Ratingherabstufungen viele Länder in Europa und die USA. Die steigende Verschuldung gepaart mit Rezession und wegbrechenden Steuereinnahmen hat die Ratingagenturen in diesem Jahr schon mehrmals den Daumen senken lassen: über Portugal, Griechenland, Spanien und Irland. Mit Spanien und Irland verloren gleich zwei Länder ihr Spitzenrating Dreifach-A. Vor zwei Wochen entschied sich Standard & Poor's (S&P) bei Irland für ein weiteres Down-grade. Die Agentur bewertet Irland jetzt nur noch mit dem drittbesten Rating "AA". Und der Ausblick für die irische Bonitätsnote ist weiter negativ.

Der Herabstufungszyklus sei noch in vollem Gange, warnen die Zinsstrategen von Dresdner Kleinwort. Und auch Bundesfinanzminister Peer Steinbrück betonte beim Treffen der G8-Finanzminister Mitte Juni, die Ratings einiger europäischer Länder könnten noch in Gefahr sein. Dabei wurde der Finanzminister nicht konkret, sondern sprach nur von jenen Ländern, die am Anleihemarkt schon jetzt deutlich höhere Zinsen als Deutschland zahlen müssten. Das sind allerdings seit mehr als einem Jahr fast alle Länder im Euro-Raum.